

P R O T O K O L L
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 11. Mai 2016

Ort: Berliner Rotes Rathaus
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 21:10 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Der Vorsitzende Herr Körner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Es sind keine Gäste anwesend.

Es gibt einen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 7. Der Antragsteller ist abwesend. Herr Körner schlägt vor den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen. Dazu gibt es keine Einwände, so dass die Tagesordnung ohne weitere Änderungen angenommen wird.

Mitteilungen des Vorsitzenden

- Herr Körner weist auf die kommenden Fachsitzungen hin. Zu den Themen VERA ISQ, E-Government und zum FDP-Interessentengespräch kann sich noch eingetragen werden.
- Am 25.05.2016 findet eine Vorstandssitzung statt.
- Die diesjährige Dezembersitzung am 07.12.2016 ist bereits fertig vorbereitet. Ein besonderer Dank gilt hier Frau Vogt-Schwarze, die sich darum gekümmert hat.

TOP 2:

Wahljahr 2016 — Parteien stellen ihre Vorhaben im Bereich der Bildung vor
Die Linke — Frau Regina Kittler (MdB)

Herr Körner begrüßt Frau Kittler und Dr. Lederer und dankt für ihr Kommen.

Herr Dr. Lederer berichtet einleitend, dass das Wahlprogramm bereits fertig ist und gerne zur Verfügung gestellt wird.

Für den Bereich der Bildung hebt Herr Lederer folgende zentrale Aufgaben hervor:

- Der Bildungserfolg soll von der sozialen Herkunft unabhängig sein. Alle sollen, unabhängig vom sozialen Stand ihrer Familien, den bestmöglichen Abschluss erreichen.
- Ein besonderes Anliegen ist die Gemeinschaftsschule. Wobei alle Schulformen ihre Berechtigung haben. Es wird nicht eine Schulform gefördert und die anderen dabei schlechter gestellt.
- Sanierungsstau an den Schulen muss abgebaut werden. Es soll ein langfristig angelegtes Schulsanierungsprogramm erarbeitet werden, damit der Sanierungsstau in absehbarer Zeit abgebaut wird. Dies wird mit den klassischen Mitteln des Haushaltes nicht gehen. Daher gibt es entsprechende Konzepte wie man in einem speziellen Betrieb zur Sanierung der Schulen in der Lage ist, finanzielle Mittel aufzunehmen und diese Stück für Stück abzuführen.
- An allen Schulen soll die Möglichkeit zur Inklusion geschaffen werden. Zusätzliche Investitionen ins Personal und in entsprechende Schulungen.
- Ebenso bilden die Punkte Personal, Schulesen, Schulneubau, Umgang mit Flüchtlingskindern Schwerpunkte. Letztere, wenn möglich, nicht separat unterrichten, sondern, soweit sie die Voraussetzungen erfüllen, gleich in die Regelklassen integrieren.

Frau Kittler konkretisiert diese Schwerpunkte nun etwas:

- Die Linke unterstützt den morgigen Streik der Berliner Lehrkräfte
- Nicht nur Lehrer, sondern auch Erzieher und anderes pädagogisches Personal muss besser unterstützt werden
- Grundschullehrkräfte an den Grundschulen sind nicht genug gefördert worden. Hier, und auch an allen anderen Schulen, werden mehr Funktionsstellen bzw. Funktionsstunden benötigt.
- Es wird auf die endlich bessere finanzielle Ausstattung des LSA hingewiesen.
- „Gerechtigkeit in Lehrerzimmern“ — hier muss auch an die Volkshochschulen und an die Musikschulen gedacht werden. Ein Schwerpunkt hier: mehr feste Stellen, bzw. in den Volkshochschulen überhaupt feste Stellen zu schaffen.
- Ebenso in den Kitas die Erzieher-Kind-Relation zu verbessern. Kleinere Gruppen, damit die einzelnen Kinder besser gefördert werden können.
- Politische Bildung muss gestärkt werden.
- Es werden an jeder Schule Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter benötigt. Egal welche Schulart.
- Die Medienkompetenz muss bei den Schülern verbessert werden.
- Der Bund muss mehr Geld für Bildung zur Verfügung stellen.
- Kooperationsverbot in Deutschland muss abgeschafft werden.

Zu den Fragen der Mitglieder äußern sich Frau Kittler und Herr Dr. Lederer wie folgt:

- Gemeinschaftsschulen perspektivisch als Begegnungsorte im Kiez gestalten.
- Politik als Unterrichtsfach ja, aber dadurch nicht mehr Unterrichtsstunden
- Schnellere Angleichung der Besoldung der verbeamteten Lehrer an das Bundesniveau
- Der Ganzttag in den Schulen muss gestärkt werden.
- Arbeitsplatzbeschreibungen für alle pädagogischen Kräfte müssen erstellt werden.
- Schule soll nicht nur für die Ausbildung fit machen, sondern insgesamt für die Gesellschaft.
- Senkung der Grundschulstunden auf 26
- Schulentwicklungsplan muss dringend aktualisiert werden
- Wenn der Sanierungsbedarf dann endlich feststeht, muss überbezirklich je nach Dringlichkeit abgearbeitet werden.
- Schulleiter müssen entlastet werden
- Es wird keine Verbeamtung der Lehrer angestrebt. Allerdings die guten Bedingungen der Beamten müssen auch auf die angestellten Lehrkräfte angewandt werden.
- Beim Einzugsbereich an Schulen gilt: Kurze Beine, kurze Wege. Kinder sollten zu Fuß ihre Schule erreichen.
- Stärkere Verbreitung der Europaschulen, insbesondere im Ostteil der Stadt.
- Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft, wenn gleiche Aufgaben erfüllt werden.

Trotz noch vorhandener Fragen wird der Tagesordnungspunkt mit mehrheitlicher Zustimmung an dieser Stelle beendet. Verbleibende Fragen bitte schriftlich über die Geschäftsstelle einreichen.

Frau Kittler bleibt noch bis zum Ende der Sitzung. Dazu gibt es keine Einwände.

TOP 3:

Annahme von Protokollen

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Januar 2016 wird ohne Änderungen angenommen.

TOP 4:

Fragen des Landesschulbeirates zu aktuellen Themen

Aktuelle Informationen aus der SenBJW: Thomas Duveneck (SenBJW, II Ltr.)

Herr Körner begrüßt Herrn Duveneck und dankt für sein Kommen.

Die schriftlichen Antworten zu den Fragen 12-16 und 13-16 sind der *Anlage 1* zu entnehmen.

Herr Duveneck berichtet, dass zum kommenden Schuljahr insgesamt 2364 Neueinstellungen erfolgen sollen. Bereits zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2015/16 wurden 963 Lehrkräfte eingestellt. Im vorgezogenen Auswahlverfahren sind bis Ende April 122 Grundschullehrkräfte eingestellt worden. Die Laufbahnbewerbereinstellungen erfolgen am 31.05.2016. Ab 20.06.2016 beginnen die Auswahlverfahren für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Es verbleiben noch 1279 VZE, die zum neuen Schuljahr eingestellt werden müssen.

Der Einstellungsbedarf für das weitere pädagogische Personal steht ebenfalls fest. An Erzieherinnen und Erziehern werden 296 VZE benötigt. Davon werden 50 VZE durch Entfristung und 20 aus der berufsbegleitenden Ausbildung realisiert. Der Rest wird in Auswahlverfahren eingestellt.

Pädagogische Unterrichtshilfen werden im Umfang von 82 VZE zum kommenden Schuljahr benötigt.

Ebenfalls werden auch 57 VZE Betreuerinnen und Betreuer benötigt, die ausschließlich an Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt eingesetzt werden.

Der Berlin-Tag für interessierte Lehrkräfte wurde sehr gut angenommen. Es waren 76 Schulen dort vertreten und mehr als 300 Interessierte, auch aus Österreich, nutzten die Möglichkeit zur Information.

Zur Anerkennung der ausländischen Studien haben 25 Personen ihre Bewerbungen eingereicht. Hier wird geprüft, ob die Abschlüsse anerkannt werden können. Erstmals fand auch eine Beratung für Referendarinnen und Referendare statt.

Es gibt 24 neue Verwaltungsleitungen, davon 13 an Grundschulen.

Herr Duveneck schlägt vor, dass für die Septembersitzung eine Vertretung der SenBJW eingeladen wird, um über die Ergebnisse der SESB-Studie zu berichten.

Aus dem Gremium kam die Frage, nach welchen Kriterien die Verwaltungsleiterstellen verteilt wurden und wieviel Personen hinter den VZE stehen. Hierzu konnte in der Sitzung keine Antwort gegeben werden. Nachträglich teilt SenBJW mit, dass einzig die Anzahl der Schülerinnen und Schüler das Kriterium hierfür ist.

32 allgemeinbildende Schulen partizipierten davon bereits, hinzukommen 24 neue Stellen, so dass aktuell 56 Stellen zu besetzen sind. Von diesen 56 Schulen haben — immer auf die absolute Anzahl der Schülerinnen und Schüler bezogen — die 44 größten weiterführenden Schulen und die 12 größten Grundschulen einen Nutzen davon. Diese Entscheidungen wurden letztlich politisch entschieden.

Für alle diese Schulen steht eine volle Stelle zur Verfügung. Die Liste aller Schulen, die eine Verwaltungsleiterstelle erhalten haben ist als *Anlage 2* beigefügt.

TOP 5:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Hierzu gibt es keine Wortmeldung

TOP 6:

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 7:

Verwaltungsvorschriften für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen ab Schuljahr 2016/2017 **(Referent: Bernd Gabbei Sen BJW)**

Herr Körner begrüßt Herrn Gabbei und dankt für sein Kommen und erläutert kurz, dass die Unterlagen tatsächlich erst sehr spät schlussgezeichnet wurden und daher dem Gremium nicht früher zur Verfügung gestellt werden konnten. Grundsätzlich wird der Vorstand nochmals darüber diskutieren, wie mit dem verspäteten Umgang von Materialien umgegangen werden soll, da es insbesondere von Seiten der Eltern hierzu immer wieder Unzufriedenheit gibt.

In den nächsten 14 Tagen kann die Verwaltungsvorschrift noch in den Bezirksghremien besprochen und Anmerkungen an die Geschäftsstelle weitergeleitet werden.

Herr Gabbei erläutert die Änderungen zum letzten Jahr. Diese sind in der Vorschrift grau unterlegt. Die meisten Änderungen sind redaktionellen Charakters.

Es gab Nachfragen und Meinungsäußerungen.

Um grundsätzliche Fragen rund um diese Zumessungsrichtlinie mit Herrn Gabbei zu besprechen, wird es in absehbarer Zeit dazu eine Fachsitzung geben.

Weitere Fragen und Äußerungen zu dieser Vorschrift bitte an die Geschäftsstelle senden, diese fließen dann in die abschließende Stellungnahme von Herrn Körner ein.

TOP 8:

Schulversuch Vorbereitungskurs für Flüchtlinge zum Erwerb des Abiturs im Rahmen des Zweiten Bildungswegs (Referenten: Jörg Freese, Gernoth Schmidt SenBJW)

Herr Körner begrüßt Herrn Freese und Herrn Schmidt und dankt für ihr Kommen.

Herr Schmidt stellt den Schulversuch vor und erläutert die Inhalte und Schwerpunkte des Entwurfes. Es gab Nachfragen und Meinungsäußerungen.

Es schließt sich eine interessante Diskussion an, in der Herr Freese sich zu den Fragen und Meinungsäußerungen der Mitglieder äußert.

Es wird vereinbart, dass Herr Schmidt mit den zuständigen Fachreferenten über den Verlauf und die Erfahrungen ausgewählter Schulversuche berichten wird. Diese werden vorher durch den Vorstand im Einvernehmen mit Herrn Schmidt ausgewählt.

Es wird keine Stellungnahme zu diesem Schulversuch geben.

TOP 9:

Schulversuch Inklusive Schwerpunktschule (Referenten: Mario Dobe, Gernoth Schmidt SenBJW)

Herr Körner begrüßt auch Herrn Dobe und dankt für sein Kommen.

Zuerst bedankt sich Herr Schmidt bei den Mitgliedern der Facharbeitsgruppe für die produktive und konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Erarbeitung des Schulversuchs.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind in den Entwurf der Schulversuchsgenehmigung einbezogen worden; leider liegt diese abschließende Fassung zur Sitzung noch nicht vor, sondern wird nachgereicht.

Herr Körner berichtet kurz von der sehr konstruktiven Sitzung der Facharbeitsgruppe.

Im Anschluss erläutert Herr Schmidt die Änderungen zur vorläufigen Fassung. Es gab Nachfragen und Meinungsäußerungen. Die Facharbeitsgruppe wird sich den abschließenden Entwurf ansehen und dann mitteilen, ob der LSB hierfür seine Zustimmung gibt. Auch Herr Dobe bedankt sich noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Facharbeitsgruppe.

TOP 10:
Verschiedenes

Am 09.06.2016 findet der Elterngipfel 2.0 statt. Frau Loos erläutert kurz den Inhalt dieser Veranstaltung (siehe *Anlage 3*). Sie fragt, ob der Landesschulbeirat bei diesem Elterngipfel als Unterstützer fungieren kann. Die Mitglieder haben hier keine Bedenken und der LSB unterstützt somit den Elterngipfel 2.0.

Herr Heckel berichtet von seinem Besuch an der Grundschule am Berg. Der Kurzbericht liegt als *Anlage 4* bei. Der BSB, BEA und Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg werden am 07.06.2016 eine Veranstaltung zum Thema Schulbau durchführen. Herr Schweppe aus München wird das Programm aus München vorstellen. Eine genaue Einladung an alle Mitglieder folgt.

Herr Peter teilt mit, dass der LLA eine öffentliche Veranstaltung mit dem Regierenden Bürgermeister plant. Dies wird eine Veranstaltung der Landesgremien. Termin und Inhalte stehen noch nicht fest.

Frau Vogt-Schwarze dankt für die Mitarbeit zum Schulversuch Ausbildung zur Staatlich geprüften Altenpflegerin und Altenpfleger. Herr Griesbaum lässt ausrichten, dass die Bundesagentur für Arbeit der Verlängerung der Ausbildung auf 24 Monate zugestimmt hat.

Herr Göhrs berichtet, dass am 26.04.2016 das Berliner Bündnis Qualität im Ganztage an die Öffentlichkeit getreten ist. Das Berliner Bündnis Qualität im Ganztage ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Eltern und Gewerkschaft. Geplante Aktivitäten werden in der nächsten Zeit über die Gremien publik gemacht.

Frank Körner
(Vorsitzender)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)